

Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag

der SPD Rathausfraktion, der CDU Ratsfraktion, der Ratsfraktion Bürger für Neumünster, der FDP Ratsfraktion, der Ratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der Ratsfraktion BfB/Die Linke



Neumünster, 28. Mai 2025

Resolution zum DB Fahrzeuginstandhaltungswerk Neumünster

Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

anliegend erhalten Sie einen interfraktionellen Antrag für die Verabschiedung einer Resolution zum DB Werkstandort Neumünster.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Matthiesen
SPD Rathausfraktion

Arne Rüstemeier
CDU Ratsfraktion

Claudia Broy
Ratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Peter Janetzky
FDP Ratsfraktion

Jürgen Joost
Ratsfraktion der
Bürger für Neumünster

Andreas Gärtner
Ratsfraktion BfB/Die Linke

Die Ratsversammlung der Stadt Neumünster möge beschließen:

Resolution zum DB Fahrzeuginstandhaltungswerk Neumünster

1. Wir bedauern zutiefst die Entscheidung des Konzernvorstands der Deutschen Bahn AG, die geplante Investition von 320 Millionen Euro in den Ausbau des Werks Neumünster zur Instandhaltung der neuen ICE L zu streichen.
2. Das Werk im Eisenbahnknotenpunkt Neumünster benötigt eine langfristige Perspektive über das Jahr 2030 hinaus. Die aktuelle Situation, in der das Werk nicht über eine 450-Meter-Halle für die Wartung von Triebzügen verfügt, gefährdet langfristig seinen Bestand.
3. Die Gründe für die Streichung der Investitionen scheinen finanzieller Natur zu sein. Wir fordern jedoch, dass neben finanziellen Erwägungen auch die langfristige Bedeutung des Werks für die Region und den Klimaschutz berücksichtigt werden.
4. Es ist unerlässlich, dass die Deutsche Bahn AG weiterhin in das Werk in Neumünster investiert, um die Instandhaltung von Zügen zu gewährleisten und damit einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.
5. Wir ersuchen den Bahnvorstand dringend, die Entscheidung zur Streichung der Investitionen zu überdenken und das Werk in Neumünster angemessen zu unterstützen.

Diese Resolution wird an den Vorstand der Deutschen Bahn AG sowie an relevante politische Entscheidungsträger auf Bundes- und Landesebene übermittelt.